

Stefan Brunner

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Venezuela

vom 24. März bis 5. Mai 2000

Venezuela – Wege aus der Bildungskrise?

Von Stefan Brunner

Venezuela, vom 24.03.2000 bis 05.05.2000
betreut von der Heinz-Kühn-Stiftung

Inhalt

1. Zur Person	14
2. Einführung	14
3. Die venezolanische Lebensphilosophie und ihre Ursachen	14
4. Die Chance für einen neuen Präsidenten	16
5. Venezuela und die Bildung	17
6. Das Schulsystem	19
7. Der Weg aus der Krise?	21
8. Hilfe für die Jugendlichen	22

1. Zur Person

Stefan Brunner, Jahrgang 1969, Sportökonomie-Studium, anschließend freie Mitarbeit bei der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), machte seine journalistische Ausbildung an der Deutschen Journalistenschule in München, um sich anschließend als freier Autor in Bochum niederzulassen.

2. Einführung

Venezuela, ein Land mit unzähligen Gesichtern: Im Westen steigen die Anden in schwindelerregende Höhen, 5007 Meter misst der Pico Bolívar. Im Osten zieht der Orinoco seine Schleifen und bildet ein Flussdelta mit 40.000 Quadratkilometern. 400 verschiedene Vogelarten zählen die Ornithologen in diesem Gebiet. Markant erheben sich die Tafelberge im Süden des Landes, auf ihnen wachsen Pflanzenarten der Sonne entgegen, die bis heute nicht in der Fachliteratur vermerkt sind. Den Norden säumen kilometerlange Sandstrände, sie bilden die Karibikküste. Die Tierwelt Venezuelas ist nicht minder vielfältig: Jaguare und Ozelote leben in den Urwäldern, es gibt Wasserschweine, Flussdelfine, Kaimane, Schlangen und Piranhas.

Viele verschiedene Völker sind in Venezuela zu Hause. Dafür lassen sich auch geschichtliche Ursprünge finden, etwa aus der Zeit, als Menschenrechte noch weniger galten als heute, als weiße Konquistadoren schwarze Sklaven nach Lateinamerika holten. Viele Menschen sind aber auch aus eigenen Stücken eingereist. Zu einem wahren Einwanderungsboom kam es in den 50er Jahren, als große Erdölvorkommen dem Land zu Reichtum verhelfen. Europäer und US-Amerikaner kamen, brachten ihr Wissen mit und wurden sesshaft. Venezuela machte sich abhängig vom Erdölpreis auf dem Weltmarkt. Und als das Öl in den 80er Jahren an Wert verlor, schlitterte der Karibikstaat in die Krise. Auf einmal musste Venezuela Verantwortung für sich selbst übernehmen. Doch daran war man nicht gewöhnt, das hat man nicht gelernt. Resignation folgte, Frust und Lustlosigkeit, die sich auch unter den Kindern und Jugendlichen breit machte. Bildung? Schule? Man hat andere Sorgen.

3. Die venezolanische Lebensphilosophie und ihre Ursachen

Der Teer der unbefestigten Straße ist noch warm, aufgeheizt von einem langen Sonnentag. Eine dünne Staubschicht liegt über ihr, die der abendliche Wind durchs Dorf geblasen und erschöpft fallen gelassen hat. Ein paar Kinder spielen im Abendlicht Fußball, barfuß, mit einem luftleeren Plastikball,

ausgeblichen, entstellt durch zahlreiche Dellen. „Aqui“, ruft einer der Jungen. Doch der Pass zu ihm bleibt aus, zu ballverliebt ist sein Mitspieler, der statt dessen aber erfolgreich zwei gegnerische Spieler umdribbelt. Dann lenkt er den Ball mit dem nackten Fuß an einer verrosteten Laterne vorbei. Tor. Eine typische Abendszene.

Aber auch typisch für einen Vormittag. Denn Kinder sind in Venezuela zu jeder Tageszeit auf der Straße anzutreffen. Kinder im schulpflichtigen Alter: der sechsjährige Pablo, der neunjährige Isidro, der elfjährige Carlos. Sie gehen in die Schule, normalerweise, aber eben nicht jeden Tag. Die Entscheidung für oder gegen den Besuch des Unterrichts hängt von der Tageslaune ab. Heute war die Lust nicht groß genug. Die Eltern der Kinder sind deswegen nicht in Sorge, sie sind nicht verzweifelt, aber auch nicht zufrieden, es scheint ihnen egal zu sein. Vielen Menschen im Land, so gewinnt man schnell den Eindruck, sind die Dinge des Alltags egal. Fehlt die Einstellung zur Arbeit, zur Bildung, zu den Grundbedingungen eines funktionierenden Landes?

In der Tat scheint es ein Problem mit der Einstellung zu geben. Eine Ursache dafür ist nicht schwer auszumachen. Noch immer hat man nicht verwunden, dass das einst reiche Venezuela bankrott gegangen ist. Riesige Erdölvorkommen wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts im „Lago de Maracaibo“ entdeckt. Rasch stieg das Land zum zweitgrößten Erdölexporteur der Welt auf. Doch zu sehr ließ sich der Staat vom Glanz des Geldes blenden. Die anderen Bodenschätze – die es zur Genüge gab – wurden vernachlässigt. Venezuela geriet in eine starke Abhängigkeit vom Erdölpreis. Dafür musste das Land in den 80er Jahren bitter büßen, als der Preis für das Erdöl in den Keller rutschte. 1996 lag die Inflationsrate in Venezuela bei 100 Prozent.

Bis heute kann sich die Bevölkerung nur schwer auf die neue Situation einstellen. Auch wenn Hilfe von außen einsetzt, etwa durch die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), so werden die Maßnahmen von der Bevölkerung oft nicht wirklich ernst genommen. „Sie brauchen nur ein paar Kilometer zur nächsten Karibikinsel fliegen“, erklärt eine Touristikexpertin in Caracas. „Nach Tobago zum Beispiel, und schon sehen sie ein funktionierendes Land“. Der koloniale Einfluss aus Europa hinterließ neben blutigen auch profitable Spuren.

Schnell klingt die westliche Sicht hier arrogant, man sollte also genau hinsehen und die venezolanischen Lebensphilosophien begreifen lernen. Etwas verständlicher wird die Resignation der Bevölkerung, wenn man die Einflüsse der Politik beachtet. Der Ölpreis, der Ende der 70er Jahre in schwindelerregende Höhen schoss, brachte dem Land Wohlstand. Zwei Drittel des gewonnenen Geldes wurde unter Präsident Carlos Andrés Pérez für ökonomische und soziale Projekte verwandt, etwa auch für den Hausbau in den armen Gegenden.

4. Die Chance für einen neuen Präsidenten

Als sich das Blatt 1988 wendete, der Ölpreis fiel und das Land zum ersten Mal nicht seine Auslandsschulden bezahlen konnte, wurde die Bevölkerung unruhig. Es kam zu Streiks und Demonstrationen, Supermärkte wurden geplündert. 1992 unternahm der heute regierende Präsident von Venezuela, Hugo Chávez, einen Militärputschversuch – er scheiterte und landete für zwei Jahre im Gefängnis.

Viel schwerer wog für das Volk aber, dass Präsident Pérez angeblich Geld unterschlug. Der Weg für den als loyal geltenden Rafael Caldera war damit frei, um sich 1994 zum neuen Präsidenten wählen zu lassen. Doch auch er konnte die wirtschaftlichen Versprechen nicht halten, die er seinem Volk vollmundig angekündigt hatte.

Der inzwischen aus dem Gefängnis entlassene Populist Chávez erkannte seine Chance. Im Dezember 1998 wurde er zum Präsidenten gewählt. Bis heute gibt er sich volksnah, verspricht der Bevölkerung eine bessere Zukunft. Gerade die unteren Schichten, die Armen, schenken den Reden des in den USA als Terrorist geltenden Präsidenten große Aufmerksamkeit. Sie sehen in Chávez einen Menschen, der ihnen endlich zuhört und sich ihrer anzunehmen scheint. Ihnen gefiel, wie der Präsident jeden Donnerstag im Fernsehen Anrufe seines Volkes entgegennahm und den Bürgern Hilfe bei ihren Alltagsproblemen versprach. Auch über das Radio nahm er Kontakt mit seinem Volk auf. Auf diesem Weg appellierte er an den volkstümlichen Nationalismus der Venezolaner. „Mit Riesenschritten in die Diktatur“, interpretierte die Süddeutsche Zeitung im August 1999 die Aktionen des Präsidenten.

Die oberen Schichten hatten das Spiel des Präsidenten indes schnell durchschaut. Spätestens als Chávez per Notverordnung das Parlament entmachtete, indem er ihm verbot zusammenzutreten. Auch den Justiznotstand rief er aus und nahm dem Obersten Gerichtshof damit jegliche Handhabe.

Obwohl Chávez permanent die vorherrschende Vetternwirtschaft verurteilt, besetzte er selbst alle wichtigen Posten mit Gefolgsleuten, die ihm schon einst beim gescheiterten Putsch zur Hand gegangen waren. Aber auch er konnte während seiner laufenden Präsidentschaft keine spürbar positiven wirtschaftlichen Akzente setzen. Er versprach zwar, die Abhängigkeit vom Erdöl zu beenden, doch zu spüren war davon nichts. Auf einem historischen Tief landeten 1999 all die Investitionen, die nichts mit Erdöl zu tun hatten. Viele Betriebe machten zu. Auf 7,8 Milliarden Dollar belief sich die Kapitalflucht in den anderthalb Jahren seit Chávez das Amt des Präsidenten angetreten hatte.

5. Venezuela und die Bildung

Im Sommer 2000 kündigte Chávez an, dass er sich, neben der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, vor allem um die Sozial- und Bildungspolitik kümmern wolle. Er war sich der Tatsache bewusst, dass die Erziehungspolitik des Landes in Schwung kommen muss, um die Venezolaner auszubilden, die den Karibikstaat in ferner Zukunft managen können. 1.500 Schulen wollte er in den wenigen Monaten bis zum Jahresende noch bauen lassen. Das käme wohl auch in einem besser organisierten Land einer utopischen Vorstellung gleich. Ohnehin werfen ihm seine Kritiker vor, dass er die Erziehungspolitik weniger aus ökonomischen oder gar humanitären Gründen vorantreiben wolle, als vielmehr aus machttaktischen Gründen – es heißt, er wolle das Schulsystem seiner Ideologie unterwerfen. 500 Schulen, alle benannt nach dem Freiheitskämpfer Simón Bolívar, wurden eingerichtet.

„Aber wir werden nicht akzeptieren, dass er mit unseren Schulen macht, was er will“, sagt Elias Santana, ein Menschenrechtsaktivist. Und er hat die Unterstützung von Lehrern und Eltern. Letztere sind auch sonst gewillt, ihrer Verständnislosigkeit Ausdruck zu verleihen. Etwa als die Regierung beschloss, die Sommerferien zwei Wochen früher anfangen zu lassen. „Da gingen gleich zahlreiche Beschwerdebriefe ein“, erzählt Freddy Dominguez, Direktor des Erziehungsprogramms im Bildungsministerium.

Ganze 5.000 Eltern und Lehrer waren es, die gegen ein neu erlassenes Dekret des Präsidenten auf die Straße gingen. Danach sollte der Bildungsminister die Möglichkeit haben, Lehrer in privaten wie staatlichen Schulen zu entlassen – und es sollen Regierungsbeauftragte sein, die die Lehrer auf eine Abschlusssliste setzen. Es gehe aber auch um die Überprüfung, ob die Schulgeldforderungen angemessen sind, oder ob das Schulgeld gar veruntreut wird. Grundlage für das Vorgehen gibt Artikel 106 der sogenannten „Bolivariischen Verfassung“, die seit 1999 gilt und die Privatschulen unter staatliche Aufsicht stellt. Bildungsminister Hector Navarro rechtfertigt den Schritt damit, dass die Lehrervereinigungen bislang zuviel Kontrolle über die Bildung gehabt hätten. Man wolle die staatlichen Schulen aufwerten und die privaten Einrichtungen bekämpfen, daraus mache man kein Geheimnis. Chávez selbst begründet seine Handlungen stets mit sehr wohlklingenden Motivationen: „Wir brauchen Reformen, um den armen Kindern Bildung zugänglich zu machen“. So hat er direkt nach seiner Wahl 1998 die Aufnahmegebühren der staatlichen Schulen abgeschafft, was, wie er meint, 400.000 weiteren Schülern die Tür zu Schule und Bildung geöffnet habe.

Juan Rafalle aus der Opposition kann darüber nur den Kopf schütteln: „Die Menschen hier sind besorgt, dass die Regierung die Bildung als Instrument missbraucht, um ihre revolutionären Ziele durchzusetzen“. Eben diese

revolutionären Ideen trieben Chávez auch, als er die 1.000 sogenannten „Boliviarischen Schulen“ gründete, die ihre Schüler unter anderem auch militärisch ausbilden. „Unsere Kinder sind keine Kubaner“, skandieren wütende Eltern, die verhindern wollen, dass die öffentlichen Schulen zu Indoktrinationszentren linker Ideologien werden.

Sowieso lehnten Kirchen und die Vertreter privater Schulen die angestrebte Kontrolle der Regierung über das Lehreramts ab. Erzbischof Baltazar Porras erhob ebenso das Wort wie die Kammer der Privatschulen: Der Staat dürfe das Bildungswesen nicht seiner Ideologie unterwerfen. Auch Bildungsexperte Orlando Albornoz, Mitte der 90er Jahre selbst für die Bildungsarbeit der Regierung zuständig, kritisierte das Vorgehen der Regierung, die nicht den Dialog suchen würden. Carlos Lanz, Chefideologe aus dem Bildungsministerium, spricht dagegen vom Beginn eines neuen politischen Prozesses und versucht Gerüchte zu zerstreuen, die besagen, dass alle kirchlichen Schulen geschlossen werden sollen. Vielmehr solle ein „offener“ Lehrplan künftig für mehr Flexibilität sorgen.

„Das kommende Jahrhundert ist das Jahrhundert der Latinos“, sagt Chávez großspurig. „Die Bildung geht über alles, denn damit wächst eine Gesellschaft. Deshalb muss die Bildung neu verankert werden, auch in den Dörfern“. Einher mit dem leichteren Zugang zur Bildung soll eine Aufwertung der bestehenden 17.000 öffentlichen Schulen gehen. Der Präsident besuchte etwa die „Escuela República Bolivariana“, eine Schule mit 3.000 Kindern. „Wenn wir uns auf unsere Bildung besinnen, dann kommen die Kinder auch weg von der Kriminalität“, erklärte er den Anwesenden. Eine „soziale Revolution“ hat er schon angekündigt, als er Präsident wurde. Hilfe versprach er den 80 Prozent der Bevölkerung, die als arm gelten.

Doch das bestehende Schulsystem krankt: Die Zahl der Einschulungen hat sich in Venezuela zwar seit den 60er Jahren stark erhöht, gleichzeitig stieg aber auch die Quote der Wiederholer, der Abbrecher und derer, die schlechte Zensuren mit nach Hause bringen. Insbesondere in den ärmeren Vierteln wächst die Zahl der Jugendlichen, welche die Schule abbrechen – rund 600.000 Kinder verlassen die Schule ohne Abschluss. Gravierend auch die Zahl der Abwesenheiten: Gerade im jungen Teenageralter beläuft sich die Abstinenz der Kinder von der Schule auf bis zu 50 Prozent. Aber auch bei den frisch eingeschulten Sechsjährigen sind die Klassen oftmals nur mit zwei Dritteln der Schüler besetzt. Zwar wurde in den letzten Jahrzehnten eine Modernisierung des Schulsystems angestrengt, doch immer wieder stieß man an finanzielle Grenzen, auf Lehrerstreiks, und auf Schüler, die einfach nicht mehr kamen.

„Cerrado“, auf dem Schild steht tatsächlich „Cerrado“. Jorge reibt sich den Schlaf aus den Augenwinkeln, er kann es nicht glauben. Es hat ihn sowieso schon eine Menge Überwindung gekostet um 6.35 Uhr vom schrillen Wecker-

geklingel wachgerüttelt, schlaftrunken ins Badezimmer zu schlurfen, mit eiskaltem Wasser das Gesicht zu waschen, Zähne zu putzen, sich anzuziehen, dann schnell zu frühstücken. Dazwischen immer wieder das stereotype „Eres tarde chico. Ya es hora!“ von der Mutter. Die Aufforderung, doch nicht so zu trödeln, es sei höchste Zeit, sonst würde er den Bus in die Schule verpassen, in dem sich der 13-jährige jeden Morgen zwischen all die anderen verschlafenen Kinder schiebt. Nicht nur, dass all das eine Menge Überwindung gekostet hat, die Mühe war auch umsonst. „Cerrado“ steht unwiderruflich auf dem Pappschild am Schultor, auf das ein paar Teenager ungläubig gucken. „Geschlossen“. Auch so drückt die venezolanische Regierung aus, dass sie tief in der Wirtschaftskrise steckt und kein Geld mehr hat.

Nach einem Bericht der GTZ aus dem Jahr 1997 „werden viele Schulen im Laufe eines Schuljahres geschlossen, weil die Lehrer nicht mehr bezahlt werden können“. Zurück bleiben Schüler, die plötzlich gar keine mehr sind, die mitten in ihrer Ausbildung ins Leben geschmissen werden – ohne Perspektiven, ohne staatliche Fürsorge. Zwei Drittel der Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren besuchen weder eine Schule noch gehen sie einer Berufsausbildung nach; einer von zehn über 15-jährigen Venezolanern ist Analphabet. Doch nicht nur die finanziellen Nöte beeinträchtigen die schulische Ausbildung, auch das Curriculum und der Zustand der Unterrichtsmaterialien stehen in der Kritik. „Die Schulbücher sind schlecht und voller Fehler, die Lerninhalte entsprechen nicht den Interessen der Kinder“, so die GTZ. Adveniat, eine kirchliche Organisation in Essen, die seit 35 Jahren Entwicklungshilfe in Lateinamerika leistet, resümiert eine „katastrophale Situation im Schulwesen“.

6. Das Schulsystem

Venezuela hat rund 20.000 Grundschulen, mehr als 2.000 weiterführende und technische Schulen und mehr als 30 Universitäten. Die Analphabetenrate unter Erwachsenen liegt bei unter acht Prozent. Auf dem Land höher, in den Städten niedriger. Vier von fünf Venezolanern leben in einer der vier großen Städte, in Caracas, Maracaibo, Valencia oder Barquisimeto. Dort sind die Chancen, eine Arbeit zu finden, weit höher als auf dem Land. Die rund 24 Millionen Einwohner verteilen sich zu zwei Dritteln auf Mestizen und Mulatten. Der Rest ergibt sich aus eingewanderten Europäern, Arabern, Schwarzen und Indianern.

Auf die einjährige Vorschule, in die man bereits mit fünf Jahren geht, baut in Venezuela die neunjährige Grundschulzeit auf. Sie ist obligatorisch. Daran schließt sich eine berufsbezogene Mittelschule an. An diesem Punkt müssen

sich die Schüler entscheiden, ob sie ein berufsbezogenes oder ein naturwissenschaftlich-humanistisches Abitur machen wollen. Im berufsbezogenen Zweig kann man sich in drei Jahren spezialisieren auf industrielles, landwirtschaftliches, kommerzielles oder sozialberufliches Wissen. Obwohl dieser Abschluss zum Zugang zur Universität berechtigt, bewerben sich viele direkt als Facharbeiter auf dem Arbeitsmarkt. Diejenigen die letztlich doch studieren wollen, entscheiden sich weniger für die renommierten privaten oder staatlichen Universitäten als für die minderwertigen pädagogischen, polytechnischen oder technologischen Fachhochschulen.

Für den naturwissenschaftlich-humanistischen Zweig – dafür entscheiden sich die meisten Schüler – genügen zwei Jahre. Nach erfolgreichem Abschluss bewerben sich die Absolventen in der Regel um einen Platz an einer der staatlichen oder auch der immer stärker zunehmenden privaten Universitäten.

Der Schulbesuch wird nicht überprüft, viele Kinder kommen nicht zur Schule, helfen statt dessen den Eltern zu Hause. Hohe Ausfallraten gibt es auch bei den weiterführenden Schulen – weniger als 50 Prozent der Schüler erreichen ihren Abschluss. Das Elend kommt besonders deutlich zum Vorschein, wenn das Problem der Armut mit hinzugenommen wird. Eine ziemlich erschreckende Bilanz, die von Journalisten und Hilfsorganisationen gezogen wird: 80 Prozent der Einwohner, so haben Untersuchungen 1997 ergeben, leben in Armut; 20 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren sind unterernährt.

1996, als Venezuela noch einen anderen Präsidenten hatte, schuf die Regierung den Reformplan „Agenda Venezuela“, ein Ausbildungsprogramm für Jugendliche. Es bildeten sich erste Maßnahmen heraus, die jungen Venezolanern eine respektierte Rolle in der Gesellschaft zuordneten. Doch der Staat brachte es fertig, seine eigenen Hilfsmaßnahmen auszubremsen, indem er zeitgleich die Ausgaben für Erziehung wieder deckelte. Finanzielle Hilfe kam aus dem Ausland: Deutschland, das seit jeher teure Entwicklungshilfe in Venezuela leistet – mehr als 500 Millionen Mark flossen in den letzten 50 Jahren in das Karibikland –, legt besonderen Wert auf den Aufbau eines leistungsfähigen Bildungswesens. 75 Prozent der deutschen Überweisungen flossen dafür nach Venezuela. Allein 1997 wurden Bildung und Gesundheit mit sechs Millionen Mark unterstützt.

Die großzügige Spende macht Sinn, um den Zustand zu verbessern. Noch schafft es nur einer von zwei Grundschulern, die Schule auch abzuschließen. In den Gymnasien liegt die Erfolgsquote sogar nur bei 25 Prozent – das fand Cecodap, ein kommunales Lernzentrum, heraus.

7. Der Weg aus der Krise?

Aber geht es hier wirklich um ehrenvolle deutsche Aufbauarbeit bei gleichzeitiger venezolanischer Verantwortungslosigkeit, wie in der internationalen Presse immer wieder zu lesen ist? Ist er da nicht wieder, der hochnäsige Blick der Reichen auf die unterentwickelten Armen? Venezuela hat in der Vergangenheit bedeutende Überschüsse erwirtschaftet, sich dabei aber zu sehr auf seine Erdölressourcen verlassen und ist böse über den Preisverfall des Erdöls gestolpert. Aber lassen sich daraus gleich Vorwürfe an die staatlichen Entscheidungsträger ableiten? Haben nicht ausländische Handelspartner fleißig Öl gekauft und das Land damit ausgebeutet statt ihm zu helfen? Vielleicht besteht die Lösung ja aus einer künftig noch intensiveren Zusammenarbeit mit Venezuela. GTZ und Friedrich-Ebert-Stiftung machen es vor, längst haben sie Filialen in Caracas und arbeiten an der bildungspolitischen Basis.

Noch fällt es den Venezolanern schwer, Mut zu fassen. Denn auch der Blick über die Landesgrenzen macht pessimistisch: Alle lateinamerikanischen Staaten stecken in der Wirtschaftskrise. „Kurz vor dem Abgrund“, schrieb DIE WOCHE im September 1998 über die südamerikanische Wirtschaft. Kein Land auf dem Kontinent könne man davon ausnehmen. Doch als besonderes Sorgenkind gilt Venezuela.

Die weltweiten Turbulenzen der Finanzmärkte haben auch die Karibikküste erreicht. Jetzt macht sich bemerkbar, dass die venezolanische Währung, der Bolívar, schon jahrelang um 20 bis 30 Prozent überbewertet ist. Der Bolo, wie die Währung liebevoll genannt wird, verliert jährlich 40 Prozent seines Wertes. 1996 schraubte Venezuela seine Inflationsrate gar in die schwindelerregende Höhe von 103 Prozent, viel höher als jedes andere Land der westlichen Hemisphäre.

Die inflationäre Entwicklung war unvermeidlich, und die Politik von Präsident Rafael Caldera steuerte wesentlich dazu bei. So veranlasste er etwa eine 60-prozentige Einkommenserhöhung der Angestellten, zeitgleich warteten 200.000 Menschen vergeblich auf die Auszahlung ihrer Arbeitslosenversicherung. Doch der Großteil der Bevölkerung stand hinter Caldera. In der Bonner Universität wurde er Anfang 1998 sogar mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet, unter anderem für die Entwicklung des Arbeitsrechtes und die Unterstützung von sozialer Gerechtigkeit im modernen Staatenkonglomerat. Amnesty international zeichnet indes ein ganz anderes Bild und bezichtigt das Land der Menschenrechtsverletzungen.

Inzwischen reagiert auch die venezolanische Bevölkerung auf die Rezession: Die unteren Einkommenschichten verzichten schon längst auf Konsum. Skeptiker sagen, dass sogar neun von zehn Venezolanern unterhalb der Armutsgrenze leben. Betroffen sind vor allem Frauen und Kinder. Die Rede ist von mehr als einer Million Straßenkinder, die am Rande der Gesellschaft leben. Und

wenn Menschen um das nackte Überleben kämpfen müssen, dann spielt der Besuch einer Schule plötzlich eine untergeordnete Rolle. Im Notfall müssen eben auch die Kinder mithelfen, den Lebensunterhalt zu verdienen. Die Arbeitslosenquote lag 1999 bei 18 Prozent. Inzwischen gibt sich auch die Mittelklasse enthaltsam und reduziert das Leben auf die Grundbedürfnisse.

Auch ein Schulabschluss ist keine Gewähr für einen Job. Im Dezember 1999 wurde Venezuela, das mit den bereits bestehenden Problemen nicht zurecht kommt, zu allem Überflus von einer der schlimmsten Umweltkatastrophen heimgesucht, die das Land je erlebt hat. Anhaltender Regen brachte die Erde nördlich der Hauptstadt Caracas zum Rutschen, Häuser, Straßen und Brücken wurden mitgerissen. Tausende von Menschen sind ums Leben gekommen, die genaue Zahl der Toten ließ sich nicht feststellen. Es waren wohl 10.000 bis 20.000 Menschen.

Der pessimistischen Stimmung ist schwer beizukommen: Selbst Hochschulabsolventen sehen in Venezuela keine Perspektive und versuchen ihr Glück im Ausland. Mit ihnen verlässt auch eine Menge Know-How das Land. Und auch Privatisierung und Abwertung halten die Talfahrt Venezuelas nicht auf, statt dessen weisen Korruption und Rechtsunsicherheit den Weg immer tiefer in die Wirtschaftskrise. Von einem „zusammenbrechenden Rechtssystem“ spricht José Vicente Rangel, ein namhafter venezolanischer Journalist. Er war es auch, der einst die illegalen Machenschaften von Ex-Präsident Carlos Andrés Pérez aufdeckte und ihm einen Geheimfonds von 17 Millionen Dollar nachwies. Durch die anhaltende Rezession wird sich die soziale Versorgung Venezuelas weiter verschlechtern und die Bildungsmisere damit weiter verschärfen. Hinzu kommt, dass mit Präsident Caldera auch die mit ihm verwandte Staatsministerin für Jugend gegangen ist. Ob sich die 1994 von ihr gegründete Fundación Juventud y Cambio – eine Einrichtung zur Bewältigung jugendlicher Probleme – halten kann, ist ungewiss.

Zumindest stellten die frisch gewählten Politiker nach der Wahl im Dezember 1998 fest, dass die Bildungsarbeit ein besonderes Augenmerk verdiene. Insgesamt 60.000 Soldaten wurden von Präsident Chávez eingesetzt, um Krankenhäuser, Straßen und Schulen zu renovieren.

8. Hilfe für die Jugendlichen

Wo also bleiben die Jugendlichen? Welche Alternativen haben Kinder wie Jorge, wenn ihre Schule geschlossen wird? Was können Isidro und seine Fußballfreunde dafür, dass sie lieber zu Hause bleiben als in die Schule zu gehen? Welches Verantwortungsbewusstsein zeigt der Staat? Die Zahlen erschüttern: Jeder fünfte Selbstmörder in Venezuela ist minderjährig; jede

fünfte schwangere Frau ist unter 20. Die meist ungewollt frühen Schwangerschaften veranlassen viele Mädchen zum Schulabbruch. Mehr als die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule im Lauf der ersten sieben Schuljahre. Auf dem Land kommen viele Jugendliche noch immer nicht über die Primarstufe hinaus, die Quote der Abbrecher ist bei den Stadtkindern viel niedriger.

Die Gründe für den Schulabbruch: Entweder sehen die Schüler keinen Sinn in der Schule, keine Chance zum sozialen Aufstieg, keine verbesserten Arbeitschancen, und gehen deshalb einfach nicht mehr in die Schule. Oder den Eltern fehlt das nötige Geld, um die Schule zu bezahlen. Statt dessen schicken sie die Kinder zum Arbeiten. Vielen Eltern ist auch bewusst, dass die staatlichen Schulen ihren Kindern die falsche Ideologie oktroyieren. Davon abgesehen, war der Ruf der staatlichen Schulen schon immer lädiert. Die Lehrer gelten als schlecht ausgebildet und immer wieder fällt Unterricht aus, teilweise wochenlang. Wer seinem Kind eine vernünftige Schulbildung sichern will, muss es auf eine meist teure Privatschule schicken, für die manchmal ein Drittel des Monatslohns zu bezahlen ist – zum Beispiel für das Colegio San Agustín, eine kirchliche Privatschule. Der monatliche Schulbeitrag beläuft sich auf 150 Mark.

Die staatlichen Schulen sind mittlerweile gänzlich von Schulgebühren befreit. Verhindert man, dass die Jugendlichen vorzeitig die Schule abbrechen – in den letzten Jahren waren das wohl rund anderthalb Millionen Schüler – dann ließen sich eventuell sogar höher gesteckte Ziele erreichen. Denn Schüler, die einer Beschäftigung nachgehen, geben ihrem Leben eine Struktur und sie wären – da sie in einer Art Ganztagschule untergebracht sind – abgelenkt und vereinnahmt. Eine verstärkte Begeisterung für die Schule könnte somit unter Umständen die hohe Kriminalitätsrate senken.

Natürlich hat es über die Jahre hinweg schon Verbesserungen gegeben. „Noch vor 25 Jahren“, erinnert sich die Rektorin der Grundschule Simón Bolívar in Los Teques bei Caracas, „waren wir froh, wenn wir überhaupt Kreide hatten. Jetzt haben wir kleine Schulbibliotheken und sogar einen Fotokopierer“. Den hat die Weltbank gestiftet, die sich für die Bildung des venezolanischen Nachwuchses stark macht. „Bildung ist die Grundlage, um Armut zu überwinden“, sagt der venezolanische Weltbankvertreter Felipe Saez.

Am Beispiel der Ortschaft Guasdolito lässt sich engagierte Bildungsarbeit exemplarisch zeigen. Dort, wo sich die katholische Organisation Fé y Alegría (Glaube und Freude) zu einem Radiosender formiert hat und Bildungsarbeit auf dem Land leistet. Sie kümmert sich um schulische Betreuung und gesundheitliche Beratung – auf ihre ganz eigene Art. Fünf Stunden sendet das Radio täglich Schulunterricht. Pater Ignacio Ibanez, Direktor der Radiostation: „In den ländlichen Regionen haben viele Menschen keine Chance, eine weiter-

führende Schule zu besuchen“. Manche seien nicht einmal in der Grundschule gewesen. Am Samstag macht der Sender Pause mit seinem Radiokolleg, dann treffen sich die Lernenden aus der ganzen Region und wiederholen zusammen den Lernstoff. Am Jahresende wird sogar geprüft. Und die Abschlüsse, das vergisst Pater Ignacio nicht zu betonen, seien anerkannt und mit den herkömmlichen Schulabschlüssen vergleichbar. Die Schulmaterialien werden von der Zentrale der Organisation in Caracas verteilt.

Ein anderes Projekt, das 1996 ins Leben gerufen wurde, ist nicht minder beispielhaft: 300.000 Schüler aus 11.000 Grundschulklassen nahmen teil an *Matemática Interactiva*, einem Rundfunkprogramm für den Mathematikunterricht. Kopf des Projektes war das Nationale Zentrum zur Verbesserung des wissenschaftlichen Unterrichts (CENAMEC). Die 30-minütigen Beiträge wurden zweimal am Tag von Montag bis Freitag über Radio Nacional oder private Radiostationen gesendet.

Die Beiträge waren bunt gemischt mit Liedern, Spielen und kleinen Geschichten. Für jede Altersstufe gab es einen eigenen Moderator, der die Lehrer mit ihren Schülern durchs Programm führte. Außerdem erhielt jede Klasse Arbeitsmaterialien wie Bauklötze, Spielgeld und Murmeln. Legt man die Kosten des Projektes auf die Anzahl der involvierten Schüler um, so errechnen sich sechs US-Dollar pro Kopf. Das Bildungsprojekt wurde ebenfalls von der Weltbank finanziert.

Ursprünglich war das Projekt nur für ländliche Gegenden bestimmt. Aber schnell eilte dem neuartigen Unterricht sein guter Ruf voraus, und immer mehr Schulen wollten daran teilnehmen. Die Wirkung wurde bereits in Untersuchungen belegt. Es steigerten sich die Leistungen in Mathematik, aber es wuchs auch das Interesse an anderen Fächern. Ein weiterer positiver Effekt war der Rückgang der Schulschwänzer. „Auch die Motivation der Lehrer ist Ziel des Projektes“, erklärt die Projektleiterin Nora Jägermann. Denn die Lehrer sind in Venezuela schlecht ausgebildet und zudem schlecht bezahlt. Außerdem gibt es zu wenige Lehrer, die sich dann um die sechs Millionen schulpflichtigen Kinder kümmern könnten.

Die Jugendlichen sind, neben den indigenen Völkern und der Schicht der Armen, die wohl auffälligste Bevölkerungsgruppe in Venezuela. Denn zumindest zahlenmäßig dominieren sie den Karibikstaat: Ein Drittel der Venezolaner ist nicht älter als 15 Jahre. Und mit ihnen wächst die Generation heran, die ihr Land und ihren Kontinent auf dem Weltmarkt etablieren müssen – der Weg dahin ist nicht nur schwerfällig, sondern für Venezuela auch noch völlig undefiniert. Die Erziehung und Ausbildung der Jugendlichen braucht schnell länder- und kulturübergreifenden Einsatz, damit Isidro und seine Freunde die Schule in Zukunft regelmäßig besuchen und ihr Fußballspiel dann abends und in den Ferien austragen.